



## Das Rüstungsmusterland Wie Nordrhein-Westfalen zum Vorzeigestandort der »Zeitenwende« umgebaut wird

von Alexandra Mehdi und Jürgen Wagner

Rheinmetall-Zentrale in Düsseldorf. Quelle: Dacse, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Panzer statt Wohnungen, Sonderrechte für die Bundeswehr, milliarden schwere Aufrüstung und eine Landesregierung, die den roten Teppich ausrollt: Das Bundesland Nordrhein-Westfalen entwickelt sich unter »Schwarz-Grün« zu einem Kernland der deutschen Militarisierung. Was als »Verantwortung« verkauft wird, hat Folgen bis hinein in Kommunen, Betriebe und Nachbarschaften. Die Bundesländer liefern sich längst einen regelrechten Überbietungswettbewerb: Wer wird der militär- und rüstungsfreundlichste Standort Deutschlands? Wer sichert sich die größten Stücke vom gewaltig und rasch anwachsenden Aufrüstungskuchen? Ganz vorne dabei sind Bayern, Baden-Württemberg – und Nordrhein-Westfalen.

Die »schwarz-grüne« Landesregierung in Düsseldorf verfolgt dabei eine bemerkenswert offensive Strategie. Sie reicht von der Unterstützung anwachsender Militärausgaben auf Bundesebene über beschleunigten Kasernenbau und Sonderrechte für militärische Infrastruktur bis hin zur gezielten Förderung der Rüstungsindustrie. Gleichzeitig wird Nordrhein-Westfalen als logistisches Herzstück einer möglichen NATO-Kriegführung ausgebaut. Die viel beschworene »Zeitenwende« bleibt damit keine abstrakte außenpolitische Formel. Sie verändert sichtbar das Leben vor Ort – auf kommunaler Ebene, auf dem Wohnungsmarkt, in der Industriepolitik und selbst in der Verkehrsplanung.

### Panzer statt Kitas

Die Militarisierung Nordrhein-Westfalens beginnt nicht erst auf Truppenübungsplätzen oder in Kasernen. Sie beginnt im Haushalt. Eine zentrale Weichenstellung erfolgte am 21. März 2025 im Bundesrat. Damals stimmte auch Nordrhein-Westfalen der faktischen Entgrenzung militärischer Verschuldung zu. Noch der alte Bundestag hatte nach der Bundestagswahl im Februar 2025 die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben ohne zeitliche oder finanzielle Begrenzung ausgehebelt – ein demokratiepolitisch fragwürdiger Vorgang, der erkennbar darauf zielte, mögliche zukünftige parlamentarische Sperrminoritäten zu umgehen.

Mit der Zustimmung der Länder wurde der Weg frei für eine Aufrüstung historischen Ausmaßes. Im Juni 2025 akzeptierte die Bundesregierung das neue NATO-Ausgabenziel von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Finanzplan des Bundes von 2026 bis 2030 wurde dies unmittelbar sichtbar: Der Verteidigungshaushalt soll von 51,95 Milliarden Euro im Jahr 2024 über 62,3 Milliarden Euro (2025), 82,2 Milliarden Euro (2026) und 104,5 Milliarden Euro (2027) auf 149,5 Milliarden Euro (2028), 158,8 Milliarden Euro (2029) und 179,8 Milliarden Euro im Jahr 2030 steigen.

Diese Summen markieren weit mehr als einen politischen Kurswechsel. Sie bedeuten eine grundlegende Verschiebung staatlicher Prioritäten. Denn während die Unterfinanzierung der sozialen Infrastruktur regelmäßig mit einem Verweis auf leere Kassen begründet wird, sind für militärische Zwecke plötzlich nahezu unbegrenzte Mittel verfügbar. Besonders deutlich wird dies auf kommunaler Ebene. Städte und Gemeinden ächzen bereits heute unter struktureller Unterfinanzierung. Die Folgen sind für alle sichtbar: reduzierte Kitazeiten, ausgedünnter öffentlicher Personennahverkehr, geschlossene Schwimmbäder, marode Schulen und wachsender Investitionsstau. Aufrüstung erscheint in dieser Perspektive nicht als isolierte sicherheitspolitische Entscheidung, sondern als riesiges Umverteilungsprojekt. Jeder zusätzliche Milliardenbetrag für den Verteidigungshaushalt verschärft den Druck auf andere öffentliche Bereiche. Oder zugespitzt formuliert: Während für Panzer plötzlich Milliarden mobilisiert werden, sollen Kommunen weiterhin mit Haushaltsnotlagen improvisieren.

### Kasernen statt Wohnungen

Nordrhein-Westfalen gehört schon heute zu den wichtigsten Militärstandorten Deutschlands. Das Verteidigungsministerium sitzt in Bonn, dort befindet sich auch das sogenannte Kommando Cyber- und Informationsraum. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) residiert in Köln, in Nörvenich sind »Eurofighter« stationiert. Doch die bestehende Infrastruktur reicht offenkundig nicht mehr aus. Die Bundeswehr soll massiv anwachsen – von derzeit rund 185.000 auf etwa 260.000 Soldatinnen und Soldaten. Erreicht werden soll dies zunächst über den sogenannten Neuen Wehrdienst, perspektivisch dürfte jedoch eine Rückkehr zur Wehrpflicht folgen.

Schon heute ist die Freiwilligkeit des Modells sehr begrenzt. Alle männlichen Jugendlichen sollen verpflichtend erfasst und gemustert werden. Nordrhein-Westfalen verfügt bislang über zwei zentrale Standorte: das Karrierecenter in Düsseldorf für die allgemeine Musterung und ein »Assessment-Center« für Offiziersbewerber in Köln. Hinzukommen sollen neue Musterungszentren in Dortmund und Bielefeld. Mehr Soldatinnen und Soldaten bedeuten zwangsläufig mehr Platzbedarf. Genau deshalb stoppte die Bundeswehr im Oktober 2025 die geplante Rückgabe beziehungsweise Abwicklung von rund 200 Liegenschaften bundesweit – 38 davon allein in Nordrhein-Westfalen. Besonders brisant ist dies dort, wo auf ehemaligen Militärflächen längst Wohnprojekte geplant waren. In Paderborn sind auf dem Gelände der Dempsey-Kaserne rund 300 Wohnungen vorgesehen. In Bielefeld könnten sich die Pläne für 640 Wohnungen auf dem Gelände der Rochdale-Kaserne als Makulatur erweisen. In Gütersloh stehen rund 1.000 geplante Wohnungen auf dem Gelände der Mansergh-Kaserne auf dem Spiel, ebenso in Düsseldorf auf dem Gelände der Bergischen Kaserne. Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo steigende Mieten und fehlender Wohnraum längst zu den drängendsten sozialen Problemen zählen, ist dies mehr als eine Randnotiz. Die Militarisierung hat konkrete soziale Folgen. Wo Wohnungen entstehen könnten, sollen künftig wieder Kasernen stehen. Und die Landesregierung? Sie tritt bislang kaum als Verteidigerin kommunaler Wohnungsinteressen in Erscheinung. Statt dessen konzentriert sich ihre Politik vor allem darauf, rechtliche Hürden für militärische Bauprojekte abzubauen.

### Blankoscheck für Bundeswehr

Dass Nordrhein-Westfalen bei der militärischen Modernisierung nicht nur mitzieht, sondern vorangeht, zeigt sich besonders deutlich in der Baupolitik. Am 20. Januar 2026 beschloss das Landeskabinett das »Dritte Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen«. Was technokratisch klingt, bedeutet politisch eine erhebliche Sonderstellung für militärische Bauprojekte. Der zuständige Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) formulierte dies in einer Pressemitteilung des Landes vom 23. Januar 2026 bemerkenswert offen: »Für militärische Bauten in unserem Land muss künftig kein Baugenehmigungsverfahren mehr angestrengt werden. Das ist eine bahnbrechende Neuerung, um Bauvorhaben für die Bundeswehr schneller und unbürokratischer von der Planung zur Umsetzung zu bringen.«

Was für sozialen Wohnungsbau, kommunale Einrichtungen oder Infrastrukturprojekte oft jahrelange Verfahren, Einsprüche und bürokratische Prüfungen bedeutet, soll für militärische Infrastruktur plötzlich drastisch beschleunigt werden. Mit anderen Worten: Die Bundeswehr erhält faktisch einen Blankoscheck zum Bauen. Dabei geraten selbst denkmalgeschützte Gebäude zunehmend unter Druck.

Nach Angaben des Kölner Stadt-Anzeigers vom 12. April 2026 geht es allein in Nordrhein-Westfalen um 513 militärische Bauvorhaben mit einem Volumen von rund 560 Millionen Euro – vielfach geht es dabei um die Renovierung oder den Ausbau von Kasernen aus der Zeit zwischen 1900 und 1930. Der Denkmalschutz erscheint der Landesregierung dabei zunehmend als Störfaktor, wie Optendrenk unterstreicht: »Wir halten uns an unsere denkmalrechtlichen Pflichten, verschlanken aber die Genehmigungsverfahren auch hier. Konkret bedeutet das: Wenn die Obere Denkmalbehörde einer geplanten Maßnahme nicht innerhalb eines Monats widerspricht, kann diese starten. Denn wir werden bei der Mammutaufgabe, den Aufwuchs der Bundeswehr zu unterstützen, nicht an der Nutzung denkmalgeschützter Kasernen vorbeikommen. Wir nehmen als Land unsere Verantwortung wahr, die Verteidigungsinfrastruktur so rasch wie möglich zu modernisieren.«

### Rüstungsstandort

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur Militärstandort, sondern längst auch ein Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie. Der AFCEA-Verband (Anwenderforum für Fernmelde- und Computertechnik, Elektronik und Automatisierung) hat seinen Sitz in Bonn. Er vertritt vornehmlich IT- und Softwarefirmen, orientiert sich aber ganz wesentlich am Bedarf einer militärisch verstandenen »Sicherheit«. Im Mittelpunkt steht aber Rheinmetall mit Sitz in Düsseldorf – jener Konzern, der sich zum ökonomischen Gewinner der »Zeitenwende« entwickelt hat. Sein Umsatz soll allein 2026 zwischen zwölf und 14 Milliarden Euro liegen. Doch Rheinmetall ist keineswegs allein. In Mülheim an der Ruhr produziert der Panzerbauer KNDS Panzerstahl, in Remscheid entstehen Panzerketten. In Burbach produziert Dynamit Nobel Defence Panzerabwehrwaffen. Die Landesregierung will diese Entwicklung nicht nur begleiten – sie will sie forcieren.

Laut Handelsblatt (14.2.2026) soll Nordrhein-Westfalen »zum entscheidenden Standort für Hightech aus der Rüstungsindustrie werden«. Eine Schlüsselrolle spielt

dabei das sogenannte Production Launch Centre Defence (PLCD), dessen Aufbau 2026 auf der Münchner »Sicherheitskonferenz« angekündigt wurde. Ziel sei es, Forschung, Wirtschaft und Innovationscluster systematisch auf militärische Bedarfe von Bundeswehr und NATO auszurichten. Ursprünglich waren Rheinmetall, Lockheed Martin, Mubea und das Land NRW mit an Bord. In einer Pressemitteilung vom 10. Juni 2026 informierte das Land, dass sich nun auch Siemens, die RWTH Aachen, Leonardo und CGI beteiligen würden. Besonders der Einstieg der RWTH Aachen sei ein „wichtiges Signal“, meint Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Das Production Launch Centre Defence wird kein reines Industriecluster, sondern ein Ökosystem, in dem Spitzenforschung, Digitalisierung und Rüstungskompetenz zusammenwachsen. Wir nehmen unsere Verantwortung für Europas Souveränität ernst und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Resilienz des Landes – in Nordrhein-Westfalen, in Europa und im Weltraum.“ Als möglicher Standort gilt das Rheinische Revier – jene Region, die nach dem Kohleausstieg eigentlich für sozial-ökologische Transformation stehen sollte. Ausgerechnet dort könnte nun ein militärisch-industrielles Innovationszentrum entstehen.

Besonders weitreichend ist der Versuch, zivile Industrie auf militärische Produktion auszurichten. Mit der Plattform defence.nrw startete das Wirtschaftsministerium bereits 2025 eine gezielte Vernetzungsinitiative. Die Botschaft der Landesregierung ist eindeutig: Unternehmen aus der Auto-, Maschinenbau-, Werkstoff- oder Digitalbranche sollen ihre Kompetenzen künftig verstärkt für militärische Produktion einsetzen. Die grüne Wirtschaftsministerin Mona Neubaur spricht dabei offen von neuen Chancen für Branchen unter wirtschaftlichem Druck.

Tatsächlich zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen bereits eine schleichende Konversion in umgekehrter Richtung ab: nicht von militärischer zu ziviler Produktion – sondern von ziviler Industrie zur Rüstung. Rheinmetall baut etwa in Weeze nahe der niederländischen Grenze seine Fertigung für Teile des F-35-Kampffluggesetzes aus. Standorte wie Neuss, die bislang für den Automobilsektor produzierten, werden zunehmend auf militärische Produktion umgestellt. Auch andere Unternehmen orientieren sich neu. Der Kölner Motorenhersteller Deutz übernahm einen Hersteller elektrischer Drohnenantriebe und kooperiert inzwischen mit einem Robotikunternehmen für unbemannte Bodenfahrzeuge. Beim Konsumgüterkonzern Henkel wird über einen Ausbau rüstungsnaher Bereiche spekuliert. Der Bocholter Getriebespezialist Flender prüft offenbar den Einstieg in die Panzerproduktion. In der Öffentlichkeit wird dies häufig als industriepolitische Rettungsstrategie verkauft.

Doch die Vorstellung, Arbeitsplatzverluste in klassischen Industrien könnten durch Rüstungsproduktion nachhaltig kompensiert werden, bleibt nicht nur unter Pazifistinnen und Pazifisten höchst umstritten. Rüstungsbooms sind politisch abhängig, stark staatlich subventioniert und

kaum geeignet, langfristige industrielle Stabilität zu garantieren. Vor allem aber stellt sich eine grundsätzliche Frage: Soll die Zukunft industrieller Beschäftigung tatsächlich von der Produktion militärischer Güter abhängen? Sollen die Produktion und die Arbeitsplätze von der Nachfrage nach Kriegsgerät abhängen und damit davon, dass Kriege weitergeführt werden oder neue entstehen?

Bemerkenswert klar positionierten sich hierzu Anfang 2026 die Vertrauensleute der IG Metall bei Ford in Köln. Mit einer Erklärung unter dem Titel »Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!« wandten sie sich gegen Spekulationen über eine mögliche Umrüstung des Werks. Darin wird eine fundamentale Kritik formuliert: »In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. (...) Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen. (...) Wir rufen den IG-Metall-Vorstand und alle Mitglieder auf: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!«

## Durch NRW zur Ostflanke

Die Militarisierung Nordrhein-Westfalens endet nicht an Werkstoren oder Kasernen. Sie reicht bis in die Verkehrsplanung und Logistik hinein. Im militärischen Ernstfall wäre das Bundesland ein zentrales Drehkreuz der NATO. Viele Transporte der NATO-Truppen »würden faktisch über Holland, Belgien, Nordrhein-Westfalen, Deutschland nach Polen oder in die baltischen Staaten, aber auch etwas weiter südöstlich Richtung Rumänien und Bulgarien geschafft werden«, erklärt General a.D. Egon Ramms. Auch der Chef des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen, Brigadegeneral Hans-Dieter Müller, betont die diesbezügliche Bedeutung laut WAZ vom 24.11.2025 folgendermaßen: »Aufgrund der geografischen Lage im ›Herzen Deutschlands‹ und als bevölkerungsreichstes sowie wirtschaftlich stärkstes Bundesland komme NRW eine besondere Rolle zu. Viele Hauptverkehrsrouen führten durch NRW. Etwa, wenn alliierte Streitkräfte in den Häfen der Niederlande anlegten und von dort an die NATO-Ostflanke verlegt würden.«



Schon heute werden entsprechende Verlegungen regelmäßig geprobt. Immer größere Militärkonvois rollen durch Europa, um Abläufe für den Ernstfall zu testen. Bisher mussten solche Transporte bei zivilen Behörden angemeldet und genehmigt werden. Hintergrund waren außerordentliche Belastungen für Straßen, erhebliche Verkehrsbehinderungen und Risiken für die ohnehin marode Infrastruktur. Doch auch hier greift Nordrhein-Westfalen regulierend ein – zugunsten des Militärs.

Ende 2025 vereinbarte Verkehrsminister Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) mit dem Landeskommando Nordrhein-Westfalen neue Regeln: Viele militärische Straßen Transporte müssen künftig lediglich angekündigt werden. Aufwendige Genehmigungen entfallen. Was im Alltag für Schwertransporte oder kommunale Baustellen gilt, soll für Militärkolonnen nicht mehr gelten. Wenn Panzer rollen, hat der zivile Verkehr offenbar zurückzutreten.

Besonders tiefgreifend ist die Entwicklung rund um den geheimen »Operationsplan Deutschland« (Oplan Deu). Dabei handelt es sich um eine Art militärischen Aufmarschplan für den Krisen- oder Kriegsfall (vgl. dazu junge Welt vom 26.11.2025). Neu ist vor allem die systematische Einbindung ziviler Akteure. Entlang der geplanten Verlegungsrouten sollen sogenannte Convoy Support Center entstehen – Rast- und Versorgungsräume für Truppenbewegungen. Dort sollen Soldatinnen und Soldaten versorgt, Fahrzeuge betankt und medizinische Hilfe organisiert werden.

Bemerkenswert ist dabei die Rolle ziviler Strukturen. Nach Aussagen des zuständigen Kommandeurs für Territoriale Aufgaben sollen Mineralölunternehmen Treibstoff liefern, zivile Caterer die Verpflegung übernehmen und Hilfsorganisationen wie Johanniter, Malteser oder Deutsches Rotes Kreuz medizinische Unterstützung leisten. Der Krieg wird damit organisatorisch tief in zivile Infrastruktur eingebettet. Auch in Nordrhein-Westfalen führt die Bundeswehr bereits Gespräche mit Landrätinnen und Landräten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, um Kommunen auf ihre Rolle in der zivil-militärischen Zusammenarbeit vorzubereiten. Die Grenze zwischen zivilem Alltag und militärischer Infrastruktur droht damit, zu verschwimmen.

## Alles für den Krieg

Nordrhein-Westfalen war schon immer ein bedeutender Militärstandort. Doch unter der »schwarz-grünen« Regierungskoalition wird daraus immer mehr auch ein politisches Entwicklungsmodell. Kasernen statt Wohnungen, Sonderrechte für militärisches Bauen in Industriepolitik zugunsten der Waffenbranche, freie Fahrt für Militärtransporte und die schrittweise Einbindung ziviler Infrastruktur in militärische Planungen – die Landesregierung präsentiert all dies als sicherheitspolitische Verantwortung.

Doch die Folgen dieser Politik sind längst konkret sichtbar. Während Milliarden in Aufrüstung fließen, verschärft sich der Druck auf Kommunen und soziale Infrastruktur. Wohnungsbauprojekte geraten ins Hintertreffen, zivile Industrie wird auf militärische Verwertungslogiken ausgerichtet, und demokratische Verfahren werden dort beschleunigt oder ausgehebelt, wo sie militärischen Interessen im Weg stehen. Die sogenannte Zeitenwende erscheint damit nicht als sicherheitspolitische Ausnahme, sondern als umfassender gesellschaftlicher Umbau: weg von sozialer Daseinsvorsorge, hin zu einer Politik der Kriegstüchtigkeit.

Nordrhein-Westfalen soll dabei offenbar Vorbild sein – als Logistikkreuz der NATO, als Wachstumsmarkt der Rüstungsindustrie und als Laboratorium militärischer Sonderrechte. Gerade deshalb braucht es Widerspruch. Ein Bundesland, das Wohnungen gegen Kasernen eintauscht, Industriepolitik auf Waffenproduktion ausrichtet und zivile Infrastruktur militärischen Bedürfnissen unterordnet, darf kein Zukunftsmodell sein. Die Vorstellung eines »kriegstüchtigen« Nordrhein-Westfalens verdient keine politische Begeisterung, sondern entschiedene Ablehnung. Denn eine soziale und demokratische Gesellschaft entsteht nicht durch immer neue Aufrüstungsschübe, militärische Standortpolitik und die Normalisierung von Kriegsvorbereitung. Wer Nordrhein-Westfalen zu einem Musterland der »Zeitenwende« machen will, organisiert nicht Sicherheit oder garantiert Arbeitsplätze, sondern treibt die Militarisierung voran.

*Bei diesem Text handelt es sich um eine leicht aktualisierte und erweiterte Fassung eines Artikels, der zuerst in der jungen Welt vom 9. Juni 2026 erschien.*

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

